

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 32, 2017

Öffentlichkeit und Markt: Wozu ein öffentliches Bildungswesen?

Thema

Wandel von Öffentlichkeit und
die Zukunft der öffentlichen Bildung

Jürgen Oelkers



Wandel von Öffentlichkeit und die Zukunft der öffentlichen Bildung

Jürgen Oelkers

Oelkers, Jürgen (2017): Wandel von Öffentlichkeit und die Zukunft der öffentlichen Bildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 32, 2017. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/17-32/meb17-32.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Schlagworte: Öffentlichkeit, öffentliche Bildung, Strukturwandel, Demokratie, Zukunft der Öffentlichkeit, Bildungssystem, Bildungsverständnis, Bildungsmedien, Neue Medien



Kurzzusammenfassung

Ist das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit einem Strukturwandel unterworfen? Gibt es sie noch, die öffentliche Bildung, die dem Zusammenleben in der Gesellschaft dient? Dies sind nur zwei der Fragen, denen sich Jürgen Oelkers in seinem Beitrag widmet, der auf einem Vortrag, gehalten im Juli 2016 an der Universität Lodz in Polen, basiert. Oelkers skizziert hierfür nicht nur, wie die großen Sozialen Bewegungen als „Öffentlichkeit“ der Intellektuellen entstanden sind, sondern auch, wie sich die politische Öffentlichkeit von der Elitenkommunikation zur Massendemokratie wandelte. Zentral für seine Ausführungen ist in Anlehnung an Jürgen Habermas, dass eine demokratische Gesellschaft sich vom Zusammenleben her bestimmt. Folglich sollte Bildung sich auf den/die mündige/n BürgerIn beziehen. Aber was geschieht, wenn diese/r das Medium der politischen Öffentlichkeit verliert oder einfach nicht mehr nutzt? Und was soll getan werden, wenn dieser Öffentlichkeit die großen LehrerInnen abhandenkommen? Wesentlich für den Strukturwandel der Öffentlichkeit sind Oelkers zufolge die Neuen Medien – die mediale Öffentlichkeit sucht aber mehr nach Bestätigung als nach Ausgleich. Und: Partizipation im Netz setzt anonyme Meinungsbildung voraus und bringt daher die traditionelle Vorstellung der persönlich diskutierenden Öffentlichkeit in Verlegenheit. Schlusspunkt ist die zentrale Frage, was dieser Wandel der Medien für die öffentliche Bildung bedeutet und bewirkt. (Red.)

02

Thema

Wandel von Öffentlichkeit und die Zukunft der öffentlichen Bildung

Jürgen Oelkers

Das Thema meines Beitrages¹ bezieht sich auf das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit sowie darauf bezogen auf die Rolle von Intellektuellen. Diese Frage beschäftigt mich seit meiner Studienzeit und genauer: seit meiner Lektüre von Jürgen Habermas' Buch „Der Strukturwandel der Öffentlichkeit“, das 1962 erschienen ist. Das Buch war damals Pflichtlektüre in allen Universitätsdisziplinen, die mit Politik, Bildung und Gesellschaft zu tun hatten.

Habermas geht nicht direkt auf den Zusammenhang von Bildung und Öffentlichkeit ein, aber die These des Strukturwandels von der rasonierenden Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts hin zur medialen Öffentlichkeit des 20. Jahrhunderts legt die Frage nahe, ob auch das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit einem Strukturwandel unterworfen war und wenn ja, welche Entwicklungen damit verbunden gewesen sind (siehe Binder/Oelkers 2017). Auf den ersten Blick muss das ausgeschlossen werden. In zahlreichen Texten der Aufklärung von Joseph Priestley bis Thomas Jefferson ist von „öffentlicher Bildung“ die Rede, ohne die die Gesellschaftsform der Demokratie nicht bestehen könne. Die Anfänge dieser Überzeugung gehen auf die Englische Revolution zurück, der bis heute gültige theoretische Ausdruck ist John Deweys Buch „Democracy and Education“, das 1916 erschienen und immer noch maßgebend ist. Gefordert und in westlichen Ländern auch weitgehend realisiert wurde eine kostenlose, qualifizierte Bildung für alle, die gewährleisten soll, dass künftige StaatsbürgerInnen sich an den politischen Geschäften beteiligen und ihre Anliegen

öffentlich artikulieren können. In diesem Sinne diene die öffentliche Bildung der Öffentlichkeit und genauer gesagt der politischen Öffentlichkeit oder dem Zusammenleben in der Gesellschaft.

Die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit setzt eine gemeinsame Sprache voraus und verlangt ein möglichst hohes Minimum an Bildung für alle. Dabei ist keine bestimmte Kultur oder Herkunft maßgebend, sondern nur die Kultur der demokratischen Öffentlichkeit selbst. „Volk“ ist dabei nicht völkisch zu verstehen, sondern als Versammlung der Wahlberechtigten unabhängig von Rasse, Geschlecht oder Ethnie. Diese abstrakte Form des Volkes ist die große Errungenschaft der modernen Demokratie. Notwendig ist der Pass und nicht die Abstammung.

Der historische Prozess der Verschulung ist den Postulaten der Aufklärung weitgehend gefolgt, auch wenn die Begründungen verschieden waren. In den angelsächsischen Ländern wird von „public education“ gesprochen, weil Bildung als „public good“ gilt.

¹ Der zugrundeliegende Vortrag in englischer Sprache „The Future of the Public in Public Education“, gehalten am 13. Juli 2016 an der Universität Lodz, ist nachlesbar unter: <https://www.ife.uzh.ch/de/ueberuns/emeriti/oelkersjuergen/vortraegeprofoelkers/vortraegeprofoelkers.html>.

Ähnliches trifft auch für die Schweiz zu, während in Deutschland von „Volksbildung“ die Rede ist und Öffentlichkeit nur indirekt einen Bezugspunkt darstellt. Unabhängig von der Begründung: Im 19. Jahrhundert entstand überall in Europa das Schulmonopol des Staates, das bis heute besteht und ungebrochen scheint. Die Nationalstaaten wurden für die Volksbildung zuständig, nämlich erließen Schulgesetze, bauten eigene Verwaltungen auf, drängten die Privatschulen zurück und übernahmen auch weitgehend die Finanzierung der Schulen (siehe Geiss 2014; Aubry 2015). Was oft übersehen wird: In der historischen Schulentwicklung löste das Schulmonopol den Bildungsmarkt ab, während häufig umgekehrt argumentiert wird. Mitte des 19. Jahrhunderts beherrschten Privatschulen das Feld und die staatliche Verschulung setzte noch im 20. Jahrhundert voraus, dass Schulgeld entrichtet werden musste. Eine komplett freie und unentgeltliche Verschulung ist etwa in Deutschland keine sechzig Jahre alt.

„Öffentlichkeit“ kennt verschiedene historische Formen: Damit kann gemeint sein der Platz für die Versammlung und den freien Austausch der BürgerInnen einer Gemeinde, weiter der Ort für soziale Anlässe, Geselligkeit und die gesittete Begegnung, damit zusammenhängend der Raum der sozialen Kontrolle, die Beziehungen in der Öffentlichkeit, schließlich das publizistische Medium der Kritik und zunehmend auch die Meinungsbildung durch und mit den Massenmedien. Was Habermas vor Augen hatte, war die Öffentlichkeit der Intellektuellen oder der Kritik von Gesellschaft und Politik, die mit Namen wie Voltaire und Rousseau im 18. Jahrhundert entstanden ist und ihre große Zeit aber erst im 19. und 20. Jahrhundert erhalten sollte. Intellektuelle wurden Wortführer von Sozialen Bewegungen und galten als Wahrheitslieferanten. Aus dem Kritiker Karl Marx konnte der „Marxismus“ werden, der mit seinen Lehren Gefolgschaft verlangte und Widerspruch nicht duldete. Mit den Massenmedien des 20. Jahrhunderts wurden die historischen Formen der Öffentlichkeit entgrenzt und verloren ihren singulären Charakter. Mediale Botschaften konnten unabhängig vom Entstehungsort jede/n erreichen, vorausgesetzt war nur die Alphabetisierung, aber weder Herkunft noch Abstammung. Das Ideal der persönlichen Kommunikation und des sozialen Austausches im Nahraum wurde aber nicht preisgegeben und blieb erhalten.

„Die demokratische Gesellschaft bestimmt sich vom Zusammenleben her, die staatliche Verwaltung ist nachgeordnet und hat im Idealfall dienenden Charakter.“

Noch John Deweys These der Demokratie als „Lebensform“ ist dieser historischen Öffentlichkeit geschuldet. Die beiden Pfeiler seiner Theorie sind politische Partizipation und sozialer Austausch, beide beziehen sich auf überschaubare Räume und persönliche Anwesenheit, damit auf nachbarschaftliche Demokratie als Lebensgrund der Politik (siehe Rosenblum 2016). Ähnlich hat bekanntlich Jürgen Habermas die Kommunikation in der „Lebenswelt“ stark gemacht und darauf hingewiesen, dass sie nicht durch Systemrationalität ersetzt werden könne. Die demokratische Gesellschaft bestimmt sich vom Zusammenleben her, die staatliche Verwaltung ist nachgeordnet und hat im Idealfall dienenden Charakter. Das Zusammenleben wiederum wird geregelt durch öffentliche Diskussionen und demokratische Entscheide, nicht durch „Führung“, die davon unabhängig wäre. Der Austausch in dieser Öffentlichkeit setzt Beobachtung und Distanz voraus, es gibt immer ein persönliches Gegenüber und damit den generalisierten Anderen in der Erwartung der Interaktion.

Wer sich in der Öffentlichkeit verhalten will, muss sich an Regeln halten und Erwartungen erfüllen, also – wie man früher sagte – sich „benennen“ können. Daher war auch Benimm die Grundforderung an jede Erziehung. Aber wir sind nicht mehr im 18. Jahrhundert. „Benimm“ taucht in den Zielkatalogen der heutigen Pädagogik nicht mehr auf und auch das Verhalten in der Öffentlichkeit hat sich gewandelt. Man sieht das an der schwindenden sozialen Kontrolle, am Dresscode, am Individualisierungsdrang oder auch an den Regeln der Selbstdarstellung im öffentlichen Raum. Und schließlich hat sich auch die politische Öffentlichkeit geändert, nämlich von der Elitenkommunikation zur Massendemokratie. Aus diesem Grunde kann danach gefragt werden, wie die Zukunft der Öffentlichkeit in der öffentlichen Bildung beschaffen sein wird. Bildung sollte sich auf den/die mündige/n BürgerIn beziehen, aber was geschieht, wenn die/der das Medium der politischen Öffentlichkeit verliert oder einfach nicht mehr nutzt? Und was soll getan werden, wenn dieser Öffentlichkeit die großen LehrerInnen abhandenkommen? Öffentlichkeit ist nicht nur das Medium für den Austausch,

sondern auch für die Formung von Argumenten. Dabei haben seit der Antike immer Lehrer eine Rolle gespielt. „Lehrer“ nicht im Sinne eines Berufsstandes, sondern der Belehrung durch Theorie, Wissenschaft und Kritik. Intellektuelle des 20. Jahrhunderts wie John Dewey oder Jürgen Habermas waren oder sind daher Lehrer in der Öffentlichkeit, „public intellectuals“, deren Stimme über das eigene Lager hinaus Gewicht hatte. Sie setzen eine bestimmte Öffentlichkeit voraus, nämlich die der traditionellen Medien, also Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, die intellektuelle Ansprüche vertreten. Es ist nicht die Öffentlichkeit des Boulevards und der Marktschreier, sondern der theoriegeleiteten Auseinandersetzung, in der bei allem Streit Klärung und letztlich auch Verständigung angestrebt werden. Vorausgesetzt sind zivile Formen der Disputation, die nicht ungestraft verletzt werden dürfen. Die Präsidentschaft von Donald Trump etwa ist damit ersichtlich nicht vereinbar.

„Strukturwandel der Öffentlichkeit“ ist ein Titel von Habermas, der Sache nach ist der Strukturwandel schon vorher thematisiert und beschrieben worden, zuerst wohl von Walter Lippmann in seinen beiden Büchern „Public Opinion“ und „The Phantom Public“ aus den Jahren 1922 und 1925. Lippmann bezweifelte vor allem die Vorstellung von herrschaftsfreier öffentlicher Kommunikation, die gerade in politischer Hinsicht naiv sei. In der Politik nämlich geht es um Macht und Herrschaft, die Politik nutzt parteiliche Kommunikation, ringt um Zustimmung und braucht emotionale Schlagzeilen. Daher hob Lippmann den stereotypen Einfluss der Massenmedien hervor und bezweifelte die Effekte der demokratischen Bildung. Die Realität der politischen Auseinandersetzungen habe stets mit Geben und Nehmen zu tun und nicht einfach nur mit Anerkennung und Verständnis. Folgen wir Lippmann, dann geht es in der politischen Öffentlichkeit um die Mobilisierung von WählerInnen mit Botschaften, die sie hören wollen und die gegenüber den tatsächlichen Problemen radikal verkürzt sein müssen. Überzeugend sind die einfachen Lösungen und die Wahl wird getroffen, wenn in Übereinstimmung mit dem eigenen Lager das Gefühl des Richtigen saturiert ist. Letztlich setzt das den/die beliebig manipulierbare/n BürgerIn voraus und das wäre gleichbedeutend mit der Entmündigung des Souveräns, also des Volkes, das weder in Zielgruppen zerlegt noch in Säulen aufgeteilt werden

kann, wenn der Anspruch einer durchdachten und rationalen Entscheidung aufrechterhalten werden soll. In der Demokratie hat man die Freiheit der Wahl, mit der sich weder Denkverbote noch Ignoranz vertragen. Aber haben wir dafür noch eine tragfähige öffentliche Bildung?

„Was bislang kaum beachtet wurde, ist die Frage, wie sich die neuen Öffentlichkeiten in den Sozialen Medien auf die Institutionen der Bildung auswirken.“

Alle Bildungssysteme wachsen, schon deswegen muss ausgeschlossen werden, dass die Ignoranz zunimmt. Außerdem kann nach erfolgreicher Alphabetisierung und Stabilisierung der schulischen Standards über Generationen „Ignoranz“ nicht dasselbe sein wie im 18. Jahrhundert. Das bedeutet aber nicht, dass die politischen Lager ihre Gegensätze verlieren und wir auf eine postpolitische Öffentlichkeit zusteuern. Im Gegenteil fällt es trotz steigender Bildung immer leichter, Politik zu emotionalisieren. Was bislang kaum beachtet wurde, ist die Frage, wie sich die neuen Öffentlichkeiten in den Sozialen Medien auf die Institutionen der Bildung auswirken. Sie setzen nach wie vor voraus, dass sich die Angebote der Allgemeinbildung auf den/die künftige/n BürgerIn beziehen. Bildung wird auf dieser Linie als Allgemeingut verstanden, das vor Privatisierung und Markt geschützt werden muss. Doch das Verhalten in öffentlichen Räumen individualisiert sich zusehends und privat genutzte mediale Programme könnten die herkömmlichen Schulen ersetzen. Die Finanzierung der höheren Bildung wird im internationalen Vergleich mehr und mehr zur Privatsache, öffentliche Bildungseinrichtungen geraten unter Effizienzdruck und die Abschlussdiplome verlieren ihren Wert durch Vervielfachung und Erneuerungszwang. Schließlich: Im Netz wird die politische Kommunikation reduziert auf schnelle Botschaften und das unkontrollierte Bestätigen von Vorurteilen. Angesichts solcher Tendenzen fragt sich, wie weit die Legitimation der öffentlichen Bildung noch reicht, auf welche Öffentlichkeit sie abzielt und was an ihre Stelle treten soll. Damit hängt auch die Frage zusammen, wie sich in Zukunft das soziale Zusammenleben entwickeln und wie die gesellschaftliche Erziehung aussehen wird, wenn Individualisierung die Lebensgestaltung bestimmt

und jedes öffentliche Gut strittig werden kann. Schließlich muss auch gefragt werden, was aus den großen LehrerInnen der Öffentlichkeit wird, wenn ihr medialer Resonanzraum schrumpft und so ihr Einfluss zurückgeht. Die öffentliche Moral würde dann ohne Stimme bleiben, die alle hören können oder müssen, unabhängig davon, ob sie der Stimme auch folgen. Damit ist die weitere Frage verbunden, wem in einer demokratischen Gesellschaft Autorität zukommen soll und wem man unabhängig von der Politik vertrauen kann. Wenn man nur noch dem eigenen Lager vertraut, können Einstellungen durch Argumente nicht korrigiert, sondern nur noch bestärkt werden. Eine Auseinandersetzung unter DemokratInnen wird dann sinnlos, weil man nur noch aneinander vorbeireden und gar nur noch Hassbotschaften austauschen kann. Genau diesen Eindruck erwecken heute politische Kampagnen und mediale Öffentlichkeiten. Sie sind schnell und flach, suchen nicht Ausgleich, sondern Bestätigung, haben nur den eigenen Vorteil vor Augen und strapazieren die Intelligenz. Aber natürlich kann jede/r BürgerIn das durchschauen, seine/ihre Wahl anders treffen oder auch aus der politischen Öffentlichkeit aussteigen, aber dann ist nicht länger klar, wozu öffentliche Bildung noch nötig ist.

„Demokratie verlangt nicht nur Lernfähigkeit, sondern Bildung im Sinne von Verstehensleistungen, die nicht einfach ad hoc erreicht werden können.“

Demokratie verlangt nicht nur Lernfähigkeit, sondern Bildung im Sinne von Verstehensleistungen, die nicht einfach ad hoc erreicht werden können. Das gilt umso mehr, wenn alles zum politischen Thema gemacht werden kann. Hier sind Sortierungsleistungen notwendig, die das Internet nicht selbst besorgt. BürgerInnen müssen auch entscheiden, was sie nicht als politisches Thema ansehen. Lernfähigkeit heißt nicht, dass BürgerInnen nur dann akzeptiert sind, wenn sie die Hochkultur beherrschen. Wie gesagt, den Zugang zur Wahl schafft der Pass und nicht der Bildungsabschluss. Das politische Dasein als BürgerIn hat gleichwohl Bildungsbedingungen, die elementar mit einer hinreichenden Schulbildung für alle zu tun haben. Wer am öffentlichen Leben teilhaben will, muss die Regeln der mündlichen und schriftlichen Kommunikation beherrschen, anders

kann man sich weder selbst ausdrücken noch seine Interessen vertreten. Die Verständigung verträgt auf Dauer keine groben Fehler, wer die Standards nicht beachtet, unterschreitet die Normalitätserwartungen und kann nur im Ausnahmefall auf Ausgleich rechnen. Die Neuen Medien haben dafür gesorgt, dass sich ein Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzogen hat, und zwar weitgehender und anders als Jürgen Habermas oder zuvor schon Walter Lippmann dies beschrieben haben (siehe Thierney 2013). Die Räume und Bedingungen der Meinungsäußerung und Meinungsbildung haben sich nicht nur erweitert, sondern fundamental verändert. Und damit sind auch die Qualitätsanforderungen an Bildung fraglich geworden, weil sich die Kontrollen relativiert haben. Dafür gibt es mindestens drei Indikatoren, die Öffentlichkeit der Neuen Medien, die schwindende Bedeutung großer Theorien und den Wandel der Meinungsführerschaft. Alle drei Indikatoren hängen bei der Frage der Bildungsqualität zusammen, wenn Bildung mehr meint als Schule und mit der politischen Öffentlichkeit in Verbindung gebracht wird. Sie war das Medium der großen Fragen und damit auch der großen Theorien.

„Partizipation im Netz setzt anonyme Meinungsbildung voraus und bringt daher die traditionelle Vorstellung der persönlich diskutierenden Öffentlichkeit in Verlegenheit.“

Mit dem Internet ist eine „Öffentlichkeit“ ohne raumzeitliche Anwesenheit und ohne Vergessen entstanden, die sich nicht mehr auf Literatur, sondern auf sich selbst bezieht. Partizipation im Netz setzt anonyme Meinungsbildung voraus und bringt daher die traditionelle Vorstellung der persönlich diskutierenden Öffentlichkeit in Verlegenheit. Zudem gibt es keine bestimmte Autorität mehr, die das Niveau der Auseinandersetzung vorgeben und kontrollieren könnte. Wie immer in Zukunft neue Philosophien Einfluss nehmen auf die Humanwissenschaften, ihr Einfluss auf die Öffentlichkeit wird kaum wieder den der Vergangenheit erreichen. MeinungsführerInnen sind heute ExpertInnen und nicht PhilosophInnen oder höchstens PhilosophInnen als ExpertInnen. Vorausgesetzt sind eine unübersichtliche Themenvielfalt, immer enger werdende Zielgruppen und die Kurzlebigkeit des ExpertInnenstatus. Von

ExpertInnen wird nicht Aufklärung und Gesellschaftskritik erwartet, sondern Rat oder die Lösung eines Problems. Natürlich gibt es weiterhin Gesellschaftskritik in allen möglichen Sparten und Schattierungen, aber die Glaubwürdigkeit der Utopie ist abhandengekommen. Keine große Theorie kann länger so betrachtet werden, dass sich damit die Richtung der Geschichte ändern ließe, und dies umso weniger, als „Geschichte“ viele Facetten und Tendenzen hat, die nicht in einem finalen Zustand einmünden. Wer sich in der Öffentlichkeit bewegt, kann sich nicht auf große Theorien verlassen, muss gegenüber ExpertInnen auf der Hut sein und kann sich letztlich nur auf sein eigenes Urteil beziehen, ohne mit Kant die eigene Unmündigkeit voraussetzen zu müssen. Für die nötige Kontrolle der eigenen Qualität würde dann allein die mehr oder weniger normierende Schulbildung sorgen. Diese These werde ich stark zu machen versuchen: Die elementaren Standards der Bildung und so der öffentlichen Diskussion kann nur die allgemeinbildende Schule durchsetzen. Die Formel „too big to fail“ ist nicht zufällig nie ernsthaft auf das Bildungssystem bezogen worden. Schulen sind so gute Erfindungen für die stabile Verbreitung von Bildung, dass keine Gesellschaft darauf verzichten kann, auch dort nicht, wo man Grenzen der Gerechtigkeit vermutet hatte.

Aber was genau heißt dann „Bildung“? In der deutschen Bildungsphilosophie wird wohl immer wieder das abstrakte „Subjekt“ thematisiert, aber selten die Lebensspanne und schon gar nicht die damit verbundenen unterschiedlichen Lernräume. Doch Bildung ist konkret ein lebenslanger Prozess (siehe Bruner 1995), der nicht-linear verläuft, mit Gewinnen und Verlusten verbunden ist und Anpassungen an je neue Lernsituationen verlangt, zu denen immer auch Raumkonstellationen gehören. Schultheorien gehen demgegenüber eher von einem sich selbst anreichernden Subjekt aus, das in jeder Situation lernen und auch motiviert werden kann. Das eint sowohl die Befürworterinnen und Befürworter als auch die Gegnerinnen und Gegner der modernen Schule. Aber wofür gelernt wird, ist ebenso eine Frage wie die Nachhaltigkeit des Gelernten. Und hier kommt dann wieder die Demokratie ins Spiel, denn wie passen Bildung und Demokratie zusammen, wenn Bildung allein auf das Subjekt bezogen wird?

„Demoskopie ist Befragung, nicht Beteiligung.“

Ein freies Subjekt kann sich gegen die Demokratie entscheiden, auch wenn damit die politische Grundlage der Freiheit aufgehoben wird. Aber kein Subjekt handelt rein für sich, sondern muss sich mit anderen abstimmen und damit stellt sich unweigerlich die Frage, wie das Zusammenleben politisch organisiert werden soll. Ein zentraler Aspekt der Politik ist die Kontrolle der Macht und damit die checks and balances zwischen WählerInnen und Gewählten. Wer nur zu Wahlen gehen darf, aber nicht auch in Sachgeschäften entscheiden kann und dafür Verantwortung übernimmt, hat leicht das Gefühl der politischen Ohnmacht, und wenn dann den BürgerInnen Urteilstkraft erst gar nicht zugetraut wird, weil die Geschäfte angeblich zu komplex sind, verliert auch die demokratische Bildung schnell einmal ihre Geschäftsgrundlage. Demokratie muss ihren Sinn und ihren Ertrag immer neu unter Beweis stellen, aber das gelingt nicht, wenn das Erscheinungsbild der Demokratie auf die Darstellungsformen der Demoskopie reduziert wird. Demoskopie ist Befragung, nicht Beteiligung. Wenn aber Demokratie als Lebensform verstanden werden soll, dann kann die Regierung nicht einfach wie heute in der Türkei die politische Erziehung des Volkes verordnen, sondern muss sich auf das Volk beziehen und auch einlassen.

„Die Institutionen der Bildung haben also nicht nur Qualifizierungsaufgaben, sondern wirken mit einem nicht genau bestimmbareren Mehrwert auch für Öffentlichkeit und Gesellschaft.“

Der zentrale Referenzpunkt von öffentlicher Bildung ist so die demokratische Gesellschaft (siehe Putnam/Putnam 1993). Es geht um die Bildung künftiger BürgerInnen, die in der Gesellschaft Aufgaben übernehmen und Verantwortung tragen. Insofern kann Bildung nicht auf Beruf und Verwertbarkeit reduziert werden, nur dass beides nicht gegeneinander ausgespielt werden kann. Familien, Schulen und Universitäten übernehmen auch öffentliche Aufgaben, die sich nicht auf Erziehung und Berufsausübung beschränken lassen. Ohne das Engagement von

BürgerInnen wäre eine lebendige Demokratie nicht möglich. Auch zivilgesellschaftliche Engagements setzen Bildung voraus, im Blick auf Fragestellungen ebenso wie bezogen auf Zusammenhänge, die sie zu gestalten, persönlichen Einsatz verlangen. Die Institutionen der Bildung haben also nicht nur Qualifizierungsaufgaben, sondern wirken mit einem nicht genau bestimmbar Mehrwert auch für Öffentlichkeit und Gesellschaft. Dazu notwendig ist eine Gesamterfahrung von unterschiedlichen Fächern und Wissensgebieten. Natürlich sind dabei berufliche Erfahrungen unverzichtbar. Auch das zeigt, dass zwischen Bildung und Ausbildung nicht normativ unterschieden werden kann.

In der liberalen Demokratie wird Bildung als öffentliches Gut verstanden, das der Staat mit Hilfe von Lehrplänen definiert. Damit soll gesichert werden, dass zwischen den Generationen die einmal erreichten Bildungsniveaus nicht verloren gehen und stetig verbessert werden können. Wie erfolgreich das war, lässt sich etwa an der Alphabetisierungsrate seit dem 19. Jahrhundert zeigen. Ein weiterer Indikator ist die stetige Zunahme universitärer Bildung. Davon zu unterscheiden sind Ideen, Bildung auf Gemeingüter zu beziehen, die kooperativ ausgehandelt und bestimmt werden. Diese Gemeingüter richten sich auf das Zusammenleben der Zukunft, in einer Gesellschaft, die sich zunehmend globalisiert. Erst jetzt kann ja von „der Welt“ gesprochen werden, die etwa in der Bildungstheorie von Humboldt thematisiert wird. Aber „Welt“ ist nicht einfach eine gegebene Größe. Ohne staatliche Verschulung gäbe es keinen Garant für den Generationenvertrag, während auf der anderen Seite das soziale Zusammenleben nicht vom Staat vorgegeben werden kann und darf. Staatliche Schulen sind aufgefordert, dazu beizutragen, weil ohne Wissen kein lernender Zugang zu anderen Kulturen oder Religionen entsteht (siehe Parker 2003).

„Andererseits werden Schulen auch weiterhin Ziele der öffentlichen Bildung verfolgen und dabei die Entwicklung der Demokratie vor Augen haben müssen.“

Ausgrenzungen im eigenen Land ohne Bildungschancen befördern Radikalisierungen und daran ändert

kein PISA-Test etwas. Hier sind andere Prioritäten als Leistungstests gefragt und die gesellschaftliche Integration verlangt ein Bildungsverständnis, das wohl Daten nutzt, aber auch mit Heterogenität und unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Entwicklung umzugehen versteht. Wenn kein Kind zurückbleiben soll, dann fragt sich, wo die rote Linie gezogen wird. Zudem müssen unterschiedliche Lernwege angenommen werden und die Selbstständigkeit der Informationsbeschaffung vor Augen stehen. Was die künftige öffentliche Bildung von der Schule des 19. Jahrhunderts unterscheidet, erwächst aus dem Tatbestand, dass der Staat sein Bildungsmonopol nur noch in Grenzen ausüben kann. Die Schulpflicht ist nicht mehr gleichzusetzen mit einer weitreichenden Kontrolle des Lernens, das auf andere Medien ausweichen kann. Andererseits werden Schulen auch weiterhin Ziele der öffentlichen Bildung verfolgen und dabei die Entwicklung der Demokratie vor Augen haben müssen. Es gibt keine andere Institution, die – soweit es geht – für gesellschaftliche Integration sorgen und so auch die Folgen der Migration bearbeiten kann. Das war im 19. Jahrhundert noch ganz anders, weil die klassischen Milieus den Lebensverlauf stützten. Heute muss die Schule die Konflikte der Integration direkt austragen, wobei sich keine Schulkarriere wiederholen lässt. Allein das macht die Verantwortung deutlich. Das wird auch nicht dadurch anders, dass SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen heute weltweit kommunizieren können. Diese Form von Globalisierung hat tatsächlich zu einer weitgehenden Veränderung des Lernverhaltens geführt, weil anders gesucht und kommuniziert werden kann, ohne auf eine soziale Organisation angewiesen zu sein. „Googeln“ oder „Chatten“ sind ziemlich einsame Tätigkeiten, aber mehr als Suchen ist damit auch nicht verbunden. Die Aufgaben der öffentlichen Bildung stellen sich dadurch nicht vollkommen neu, auch wenn sich die Wege und Strukturen der Bildungsversorgung verändern mögen. Aber dann können sie transparenter und demokratischer werden, kontrolliert nur durch den Austausch. Und auf der anderen Seite bleibt die Frage nach einem gemeinsamen Unterricht ohne vorgängige Begünstigung oder wenigstens nach einem fairen Ausgleich der Benachteiligung auf der Tagesordnung. Wir können Demokratien nicht exportieren, sie können sich nur selbst entwickeln. Nicht zufällig entstand nach 1945 in Deutschland keine Demokratie, die nach amerikanischem Vorbild

starke plebiszitäre Elemente enthalten hätte. Erst heute scheint das möglich und auch wünschbar zu sein. Demokratien können und müssen sich weiter entwickeln, aber nicht auf imperialem Wege; es handelt sich nicht um ein Glaubensgut. Demokratien basieren auf Zustimmung und das heißt, sie müssen für die Bürgerinnen und Bürger überzeugend sein, was umso besser gelingt, je mehr für Beteiligung gesorgt wird.

*„Demokratie lässt sich auch von Regeln der
Transparenz und Fairness her betrachten. Hier hätte
die öffentliche Schule Nachholbedarf.“*

Heute sind Schulen rivalisierenden Bildungsmedien ausgesetzt, die schneller, leichter und lernfähiger sind als sie. Eine zentrale Frage ist, was dieser Wandel der Medien für die öffentliche Bildung bedeutet und bewirkt. Konservative KritikerInnen sehen bereits den Untergang der Lesekultur vor sich, weil die NutzerInnen der Medien nach schnellen Informationen suchen, die selbstständig verknüpft werden, ohne auf Niveauansprüche zu achten. Das staatliche Schulmonopol hat immer die Lernniveaus kontrolliert und war deswegen existentiell auf den Nachweis von Lernfortschritten angewiesen. „Schule“ hieß geradezu, auf geordnetem Wege in bestimmten Fächern voranzukommen. Wenn lediglich die jeweils vorhandene Motivation das Lernen bestimmt, entfällt die Kontrolle durch die niveausetzende Instanz. Was heißt das für den/die gebildete/n BürgerIn? Die öffentlichen Schulen müssen gesellschaftliche Erwartungen erfüllen, die von einer minimalen Elementarisierung bis zur Hochbildung stets mit Perfektionsansprüchen verbunden sind. Deswegen entflammen immer wieder Debatten über die mangelhafte Beherrschung der Schriftsprache, der Grundrechenarten oder auch der mündlichen Ausdrucksfähigkeit. Und in der Tat, sind solche Fähigkeiten nicht vorhanden oder werden mit jeder Generation geringer, dann muss die Frage nach dem Generationenvertrag der Schule

neu gestellt werden. Demokratie lässt sich auch von Regeln der Transparenz und Fairness her betrachten. Hier hätte die öffentliche Schule Nachholbedarf. Transparente Noten oder Kriterien der Leistungsbeurteilung wären ebenso eine innerschulische Zukunftsaufgabe wie faire internationale Vergleiche und damit einhergehend eine Überprüfung des PISA-Regimes, über das nie demokratisch abgestimmt worden ist.

Der PISA-Test ist ein kostspieliges bildungswissenschaftliches Großprojekt im Auftrag der Bildungspolitik und genauer des Taktgebers der Bildungspolitik, nämlich der OECD in Paris, die eigene pädagogische Expertenrollen ausgebildet hat und darüber massiven Einfluss nimmt. Dabei wird einem internationalen Bildungswettbewerb das Wort geredet, der in den Schulen kaum stattfindet und der verdeckt, wer ein Gewinner dieser Politik ist, nämlich die internationale Testindustrie. Sie hat es in den Vereinigten Staaten geschafft, ohne jeden demokratischen Entscheid das Erreichen schulischer Standards weitgehend von sich abhängig zu machen (siehe Ravitch 2010). Noch etwas anderes ist absehbar: In der Mediengesellschaft der Zukunft steigen die Anforderungen an Lese- und Schreibkompetenzen, die nicht mit der Nutzung der Medien von selbst entstehen und auch nicht aus Selbstkreationen hervorgehen. Wer im Blog seine eigene Sprache schreibt und dabei souverän die Grammatik übersieht, behindert sich selbst, sofern das alles ist, was gelernt wurde. Die Allgemeinbildung generell kann nicht häppchenweise erworben und mit eigenen Einfällen gestaltet werden. Weil Allgemeinbildung in kontrollierter Form niemand sonst besorgen kann, wird die Bedeutung der Schule in dieser Hinsicht eher zunehmen, was auch dann gilt, wenn sie sich selbst medial stark aufrüstet.

Dieser Beitrag wurde vom Fachbeirat des Magazin erwachsenenbildung.at beauftragt, um den LeserInnen relevante Aspekte und Hintergründe zum aktuellen Magazin zu geben.

Literatur

- Aubry, Carla (2015):** Schule zwischen Politik und Ökonomie. Finanzhaushalt und Mitspracherecht in Winterthur, 1789-1869. Zürich: Chronos.
- Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hrsg.) (2017):** Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit. Reflexionen in pädagogischer Perspektive. Weinheim/Basel: Beltz.
- Bruner, Jerome (1995):** The Autobiographical Process. In: Current Sociology, Vol. 43, No. 2 (September), S. 161-177.
- Dewey, John (1985):** The Middle Works 1899-1924. Vol. 9: Democracy and Education 1916. Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press.
- Geiss, Michael (2014):** Der Pädagogenstaat. Behördenkommunikation und Organisationspraxis in der badischen Unterrichtsverwaltung, 1860-1912. Bielefeld: transcript.
- Lippmann, Walter (1922):** Public Opinion. New York: Harcourt, Brace and Company.
- Lippmann, Walter (1925):** The Phantom Public: A Sequel to „Public Opinion“. New York: Harcourt and Brace.
- Parker, Walter C. (2003):** Teaching Democracy. Unity and Diversity in Public Life. New York/London: Teachers College Press.
- Putnam, Hilary/Putnam, Ruth Anna (1993):** Education for Democracy. In: Educational Theory, Vol. 43, No. 4 (Fall), S. 361-376.
- Putnam, Robert D. (2015):** Our Kids. The American Dream in Crisis. New York: Simon&Schuster.
- Ravitch, Diane (2010):** The Death and Life of the Great American School System. How Testing and Choice Are Undermining Education. New York: Basic Books.
- Rosenblum, Nancy L. (2016):** Good Neighbors. The Democracy of Everyday Life in America. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Thierney, Thérèse F. (2013):** The Public Sphere of Social Media. Connected Cultures of the Network Society. New York: Routledge.



Prof. Dr. Jürgen Oelkers

oelkers@ife.uzh.ch
<http://www.ife.uzh.ch>
+41 (0)44 634 25 92

Jürgen Oelkers ist emeritierter Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Zürich. Zuvor war er in Bern und Lüneburg tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Geschichte der Pädagogik/Reformpädagogik, Demokratie und Erziehung, öffentliche Bildung.

Transformation of the Public Sphere and the Future of Public Education

Abstract

Is the relationship between education and the public sphere subject to structural transformation? Does public education that serves the purpose of coexistence in society still exist? These are just two of the questions addressed by Jürgen Oelkers in this article, which is based on a lecture given at the University of Lodz, Poland, in July 2016. Oelkers outlines not only how the great social movements developed as a “public sphere” of intellectuals came into being but also how the political public sphere has been transformed from the communication of the elite to mass democracy. His remarks are based on Habermas’s idea that a democratic society is determined by social coexistence. Consequently, education should relate to the responsible citizen. But what happens when he or she loses or simply no longer uses the classical medium of the political public sphere? And what should be done when the great teachers go missing from this public sphere? According to Oelkers, critical to the structural transformation of the public sphere are the new media—but the media-driven public sphere tends to seek confirmation rather than reconciliation. And participation on the Web presupposes anonymous opinion making and places the traditional idea of the public sphere with face-to-face discussions in a dilemma. The article concludes with the key question of what this transformation of the media signifies for the public sphere and what is being brought about. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMB
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783746009438

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

HerausgeberInnen der Ausgabe 32, 2017

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Verein Frauen aus allen Ländern)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Ina Zwerger (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion

Mag.^a Christine Bärnthaler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at - Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter www.erwachsenenbildung.at/magazin kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L, A-8020 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at